

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse 4) und außerhalb bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Andwärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retzschke, Rud. Möller; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haeselstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger



Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 11 Uhr Vormittags.

Washington, 24. Jan. Der Kongress hat eine Bill angenommen, welche die Districtscommandanten ermächtigt, alle Civilbeamten in Virginien, Texas und Mississippi, die den durch die Reconstructionssätze vorgeschriebenen Eid nicht leisten können, abzusetzen und für sie Nachfolger zu ernennen.

Madrid, 24. Jan. Gialdini ist abgereist.

Lissabon, 24. Jan. Die Deputirtenkammer ist aufgelöst und die neue Kammer auf den 4. Mai c. einberufen worden.

Bombay, 22. Jan. Die Regierung hat Truppen nach den von dem Erdbeben betroffenen Districten gesandt, weil sich die dortigen Stämme widerspenstig gezeigt haben.

Telegraphische Nachricht der Danziger Zeitung.

Wien, 24. Jan. Die „Presse“ erfährt, daß die Türkei sich in einer neuen an ihre Vertreter im Auslande erlassenen Depesche über das Resultat der Pariser Conferenz befriedigt ausspricht, deren Resultat ihr gestattet, das Ultimatum als erledigt anzusehen.

(W. T.)

Ein Conflict zwischen fortifizatorischen und gewerblichen Interessen.

(Schluß.) Es liegt auf der Hand, daß durch eine solche Auffassung, über deren materielle Begründung natürlich nicht gestritten werden kann, die Interessen des Kreises und der Stadt in erheblichem Grade beeinträchtigt werden. Hätten die Kreisstände einen solchen Verlauf der Sache auch nur annähernd voraussehen können, so würden sie den Grund und Boden jedenfalls gar nicht oder nur unter Klauseln bewilligt haben, sie haben in gutem Glauben bewilligt und sind nun enttäuscht.

Aber abgesehen davon möge man sich doch erinnern, daß die Umgestaltung der Festung Thorn zu einem höheren Waffenplatz vermittelst Anlegung von 6 Außenforts in Aussicht genommen ist. Eins derselben ist bereits erbaut. Die Notwendigkeit der Errichtung gewisser Außenwerke ist somit längst schon unabhängig von dem Bau der Thorn-Insterburger Bahn anerkannt; die Mittel zur Ausführung indessen nicht bereit, auch noch nicht beansprucht. Mangels dringender Veranlassung. Tritt aber überhaupt bei dem Bahnbau eine solche Veranlassung deutlicher und zeitiger zu Tage, so mögen Militärverwaltung und Eisenbahnsacus — wenn's durchaus sein soll, — sich arrangieren. Die Ausgabe ist jedenfalls eine nicht vorhergesehene, aber dringende. Wäre in solchem Falle eine Creditbewilligung durch den Landtag nicht am Ort? Der Landtag hat 13 Millionen für die Bahn bewilligt, warum sind nicht gleich 250,000 Thlr. mehr gefordert oder nachträglich gefordert? Was meint man denn mit der „Aussicht auf anderweitige Beschaffung der Mittel?“ — Kann billigerweise, weil zwei Staatsregierungsstellen sich nicht unter einander ausgleichen können, an einen Dritten das Anmuthen gerichtet werden, er solle nun für die — nicht etwa überhaupt fehlenden, sondern nicht vorgeesehenen Mittel eintreten, widerigenfalls den Schaden tragen? — Man betont an wohl bekannten Stellen mit einer gewissen Emphase: der große internationale durchgehende Verkehr sei bei der Eisenbahn die Hauptfache, die sogenannten localen Interessen müßten zurückstehen. — Nun gut. Wir fragen nur einfach: wird die Thorn-Insterburger Bahn als Glied einer großen Kette etwa zum Nutzen von Moskau und Köln gebaut?

Es kann eingeräumt werden, daß die Mittel zur Anlage der für erforderlich erachteten Festungswerke sich nicht in dem Bahnbaufonds finden lassen. Es findet sich darin aber wohl etwas Anderes. Der Bauaufschlag von ca. 18 Millionen oder ca. 325,000 R. pro Meile ist räumlich genug angelegt; es stehen darin etwa 450,000 R. für Grunderwerb zum Bahnkörper. Der größte Theil der interessirenden Kreise hat nun aber den Grund und Boden frei hergegeben und somit erpart der Bausacus mehrere 100,000 R. allein an diesem Bauatlasposten. Welche Verwendung werden diese finden? — Und hat nicht Herr v. d. Heydt seiner Zeit als Handelsminister etwa 100,000 R. aus den Ersparnissen der Thorn-Bromberger Linie zur Anlage von Fortificationen, die zum Schutz der Bahn notwendig waren, der Militärverwaltung überwiesen? Wenn vergleichbare Übertragungen damals möglich waren, warum sollten sie heute nicht möglich sein?

Die ganze Angelegenheit befindet sich indessen voraussichtlich nur in dem ersten Stadium der Entwicklung; sie wird ihre weitere Ausbildung in dem Verhältniß des Militärsacus resp. der fortifizatorischen Interessen zur Oberschlesischen Gesellschaft als Unternehmer der Posen-Thorn Linie erfahren müssen. Diese Gesellschaft dürfte, so scheint es, in ein noch viel schlimmeres Dilemma gerathen, da sie sowohl am Ausgangspunkt der Bahn in Polen als auch hier am Endpunkt Thorn mit bedeutenden fortifizatorischen Anlagen zu kämpfen haben wird. Man kann nur wünschen und anrathen, daß alle diese Unzuträglichkeiten jetzt schon durch irgend welchen Compromiß zum Auszug gebracht werden mögen; überläßt man dies den nächsten 10 Jahren, so werden bei der stetig wachsenden Zunahme des Verkehrs, der stark anwachsenden Bevölkerung, bei dem steigenden Werth des Grund und Bodens und des Arbeitslohns, die Kosten gewiß um das Doppelte gesteigert.

Landtags-Verhandlungen.

37. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 23. Januar.

Vorberathung über das Gesetz betreffend den Eigentumsvertrag und die dingliche Belastung der Grundstücke, Bergwerke und selbstständigen Gerechtigkeiten. Durch dieses Gesetz soll mit vielen, bisher geltigen Rechtsbestimmungen gebrochen werden, welche mit den gegenwärtigen Bedürfnissen

des Geld- und Creditverkehrs nicht mehr in Einklang stehen und die Entwicklung des Hypothekencredits hemmen. Jetzt soll es auch dem Grundeigentümer gestattet sein, auf seinen eigenen Namen, ohne daß ein Schuldverhältniß besteht, sich zum Zweck der Weitergabe Hypotheken eintragen zu lassen. Dadurch wird der Hypothekenbrief zu einem Inhaberpapier gleich den Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Befestigt wird ferner die richterliche Befugniß und Verpflichtung zur Prüfung der von den Parteien vorgenommenen Rechtsgeschäfte, auf Grund deren eine Eintragung oder Löschung im Hypothekenbuch beantragt wird. Nach kurzer Debatte über die geschäftliche Behandlung des Entwurfs beginnt die General-Discussion. Abg. Bähr (Casel): Die Neugestaltung eines Stücks unseres Rechtslebens, das Aufgeben der Casuistik und die Grundgebanken des Entwurfs, die Bucheintragung zu einer Bedeutung zu erheben, kraft deren sie dem bona fide-Verkehr Schutz gewähre, verdienen große Anerkennung. Minder befriedigend ist der Ausbau des Gesetzes. Seine Tendenz, die Extreme zu beschreiben, wird kaum wohltätig wirken. Es ist ferner eine Lösung, wenn der Entwurf den Gegensatz zwischen „natürlichen“ und „bürglerlichen“ Eigentum überwunden zu haben glaubt. Zu tabeln ist, daß der Entwurf die materielle Anfechtung eines unrechtmäßigen Antrages gegen Dritte unbedingt ausschließt. Nun ist es Bedürfnis, den bona fide-Erwerb zu schützen. Das Unabhängigkeit-Verhältniß der Hypothek zur persönlichen Forderung bedeutet die Unabhängigkeit, sich lediglich dinglich hypothekarisch zu verpflichten. Der Entwurf macht daraus den Satz: Die Hypothek soll von allen Einreden wider den Bestand der Säule frei sein. Das ist nicht haltbar, denn nur wenn der Hypothekenbrief in zweiter Hand gelangt, ist er solcher Behandlung gleich dem Wechsel fähig. Die Erhebung der Hypothek zu einem auf das Grundeigentum gezogenen Wechsel ist als ausschließliche Form der Hypothek nicht wünschenswert, daneben müßte noch eine Hypothek in Form des Schulscheins geschaffen und dem Verkehr die Wahl zwischen beiden gelassen werden. Das chirurgische Messer, mit dem wir hier operiren sollen, ist sehr scharf geschliffen, hütten wir uns, daß wir nicht in gesundes Fleisch schneiden. Abg. Reichensperger: Der Entwurf soll das Grundeigentum zu einem möglichst bequemen Verpfändungs-Object machen, in Folge davon wird dasselbe bald in die Hände des Groß-Capitals gehen, dann stehen irische Zustände in Aussicht mit einem ländlichen Proletariat, das zum Ruin des Staates führt. Um Erleichterung des Eigentumsvertrages und des Hypothekenerwerbs zu erzielen, soll eine einfache Erklärung vor dem Hypothekenbeamten ein irrevocables Recht schaffen. Die ganze neuere Rechtsanschauung strebt aber dahin, an Stelle des formalen das materielle Recht zu schaffen. Materielle Schutzmittel giebt es jedoch nicht mehr, wenn der Grundbesitzer durch bloße Erklärung sein Eigentum veräußern oder mit Hypotheken beladen könnte. Ganz besonders würde der jetzt schon überlastete kleine Grundbesitz darunter leiden, deshalb sei der Entwurf abzulehnen. — Reg.-Commi. Dr. Förster: Der Widerspruch gegen das Gesetz kommt von zwei Seiten. Die an das bisherige System gewöhnten Juristen sagen, es ginge zu weit; denselben, die das Creditbedürfnis und die volkswirtschaftliche Seite der Frage hervorheben, geht es nicht weit genug. Vielleicht beweist dies gerade, daß der eingeschlagene Mittelweg zu dem erreichbaren Ziel einer nützlichen Reform führen und sich dabei von Illusionen und Phrasen fernhalten wird. Die Regierung hält ihren Entwurf nicht für absolut fertig, sondern für verbessertsfähig und wird vorgeschlagene wirkliche Verbesserungen gern acceptiren, solche Änderungen indessen zurückweisen, welche das einheitliche Prinzip und den inneren Zusammenhang verleugnen. Die Ausnahmen aus „Billigkeits- oder Nützlichkeitssicht“ haben uns in der bisherigen Gesetzgebung die alles überwuchernde Casuistik, den Mangel eines durchsichtigen, überall erkennbaren Rechts gebracht. Damit muß vollständig gebrochen werden und der erste Versuch dazu ist der vorliegende Entwurf. Auch vermeidet er jede sorgende Verwirrung gegen Rechtsfür und Uebereilungen, die ihr Ziel niemals erreicht und nur diejenigen bestätigt, welche ihre Geschäfte mit Sorgfalt und Ueberlegung treiben. Das Material für ein so wichtiges Gesetz ist durch öffentliche Discussion, die Literatur, durch Landtagsverhandlungen, Berichte von Sachverständigen, Behörden und Universitäten umfassend vorhanden. Bei seiner Ausarbeitung ist die Einnahme eines allgemeineren Standpunktes als notwendig erkannt worden, um auf diesem Gebiete ein einheitliches Recht für den ganzen Staat, der bisher drei Rechtsphären hatte, einzuführen. Am leichtesten läßt die Reform sich im Gebiete der Hypothekenordnung und des allg. Landrechts einführen, wo schon Grund- und Hypothekenblätter existieren, deshalb soll sie auch hier zuerst gelten, doch hat die Regierung die feste Absicht, mit denselben Grundsätzen auch in den übrigen Provinzen vorzugehen. Hätten wir hierauf verzichten wollen, so würde die Aufhebung einiger veralteter Beschränkungen gewiß haben. Das Streben nach einheitlichem Rechte und nach Ausgleich mit den Staaten des Nordbundes verlangt aber weitere Gesichtspunkte. Eine Reform zieht die andere nach; wir müssen den Mut haben, das Ueberlieferte durch Neues zu ersetzen. Wie auch die Änderungen ausfallen mögen, die Sie an dem Gesetze beschließen, der Abschluß desselben wird ein Zeugnis dafür sein, ob wir in Preußen Einsicht, Kraft und Willen haben, ein nationales einheitliches Recht zu schaffen und das Fremdartige auszufordern, oder ob wir auch noch fernerhin im particularistischen Rechte streiten wollen. Abg. Böltcher beantragt Überweisung des Gesetzes an eine Commission von 14 Mitgliedern. Abg. Lasker: Der klare und durchsichtige Entwurf zeigt dem Sachverständigen seine Vorlage und Mängel auf den ersten Blick. Das Bestreben des Landrechts,

alle möglichen Rechte zu schützen, bringt ein jedes Recht in Frage stellende Verwirrung. Der Eigentumsübergang ist möglich durch Körperliche Übergabe, durch Vertrag und durch öffentliche Anerkennung des Überganges auf einen Andern. Das Landrecht verlangt alle 3 Wege zugleich und schafft durch diese Cumulation einen Krieg aller gegen Alle. Diesem Übel muß abgeholfen werden, jede Combination zweier Personen würde zu neuem Zwiespalt führen, es müssen also die ersten beiden Requisiten wegfallen und das Prinzip der öffentlichen Anerkennung des Eigentumsüberganges für den immobilen Besitz aufrecht erhalten werden. Durch die Erklärung des einen: „Der soll Eigentümer sein“ werde der Grundbesitz künftig aus einer Hand in die andere gehen. Die Eintragung in das öffentliche Grundbuch und das persönliche Erscheinen der beiden Erklärenden vor dem Richter werde nothwendig bleiben. Deswegen genügt die Auflösung und die Eintragung ins Grundbuch, auch um irrevocables Recht zu schaffen; nur wenn der Erwerb fehlerhaft, Betrug oder Minderjährigkeit im Spiele gewesen sei, wäre Grund zur Revocation. Zu bedauern ist, daß der Entwurf aus altem preußischen Recht eine kleinliche Ausnahme für Parzellierungen herabnehmen. Leider verdiente der zweite die Hypothekenregelung behandelnde Theil der Vorlage nicht gleiche Anerkennung. Die Dunkelheit des bisherigen Zustandes wird noch vermehrt durch Anerkennung der Uebelstände, ohne Nutzanwendung, davon für die Zukunft zu machen. Bei der Hypothek ist das Prinzip der Offenheit längst anerkannt, statt es aber rein durchzuführen, verlangt man ein Gemisch von Vertrag und Offenheit. Die Forderung eines vorangegangenen Vertrages mit persönlicher Verpflichtung widerspricht unsern Rechtsverhältnissen, eine einfache Erklärung des Besitzers, durch welche er dem Gläubiger ein gewisses Recht auf das Eigentum einräumt, muß zur Begründung einer Hypothek genügen. Der Besitzer kann sich für spätere Dispositionen einen locus offen halten, daraus folgt dann die Logik der Hypothek des Eigentümers. Diese ist nur eine Belehrung der Hypothekenbehörde, daß der Eigentümer den folgenden Gläubigern nur Versprechungen gemacht habe, die ihm die Verfügung über eine offen gehaltene Lücke nachträglich noch gestatten. Wäre die Hypothek des Eigentümers nicht auf diese Art logisch begründet, so ist es falsch, sie für einen juristischen Unstimm zu erklären, sie aber dennoch, weil das praktische Leben sie fordere, in das Gesetz aufzunehmen. Abg. Waldeck: Die Vorlage untergräbt den soliden Credit und fördert den hohen Schwund einer Überreibung derselben. Das Eingehen auf diese Strömung sollte nicht das Ziel unserer Gelehrte sein, welche den Schatz der besten Hypothekenordnung besitzt. Möglichste Theilbarkeit des Grundbesitzes ist zu erstreben, aber nach der neuen vom Himmel gesunkenen Weisheit scheint es der Zweck des Grundbesitzes zu sein, substaat zu werden. (Heiterkeit.) Die Hauptfrage bei einer Aenderung sei die Frage, wie das Grundeigentum erworben werde. Die Erwerbung geschehe durch Titel und Eintragung. Das darf eben so wenig wie die Beibringung authentischer Beweise außer Acht gelassen werden. Denn je strenger man dies fordere, je mehr werde man für die Wohlfahrt der Bürger sorgen. Ein anderer Punkt sei der alte Grundfaß der Kostenreleichterung und die Befreiung der Zwangsbestimmungen. Denn diese hätten veranlaßt, daß zwar Verträge geschlossen, aber verheimlicht seien. Dies würde bei einer Aenderung des bisher Bestandenen zu berücksichtigen sein; er bitte das bisher gilzte Verfahren auch weiter bestehen zu lassen. Just.-Min. Leonhardt: Bisher scheinen die Grundsätze des Entwurfs noch nicht klar erkannt zu sein. Darüber, daß 3 von den bisherigen 4 Rednern gegen denselben gesprochen haben, tröste ich mich damit, daß die Redner Juristen sind (Heiterkeit) und daß es für den juristischen Sinn schwer hält in dem Gesetz nicht groÙe Bedenken zu empfinden. Ich hoffe, daß das Bessere nicht der Feind des Guten sein wird. Der Regierung kann die Verweisung des Gesetzentwurfs an eine Commission nicht erwünscht sein, weil es dann ganz selbstverständlich ist, daß in dieser Diät aus der Gesetzesvorlage nichts wird. Auch müssen, bevor zu einer festen Regelung der Gerichtsverfassung geschritten werden kann, noch andere wichtige Gesetzeswürfe die Berathungen des Landtages passiren. Wann sollen diese Gesetzeswürfe zum Beschuß gelangen? Bei dieser Sachlage gestalten Sie mir nur einige allgemeine Bemerkungen. Man hat dem Gesetzentwurf zwei Vorwürfe gemacht: einerseits soll der Gesetzentwurf revolutionär sein, andererseits reactionär. Diese Gegensätze lassen nichts zu wünschen übrig. (Heiterkeit.) Der erste Einwurf könnte bei oberflächlicher Betrachtung etwas für sich zu haben scheinen; hinsichtlich des zweiten Einwurfs schiebt eine Partei seine Erfindung der andern zu. M. H. Dem Gesetzentwurf liegt zu Grunde das conservative Prinzip. Darunter verstehe ich das Verlangen und das Erhalten einer sicherer Grundlage in der Rechtsentwicklung; dieses Prinzip gestattet es nicht, die Zeitschritte und angenommenen Anschauungen in die Rechtsentwicklung eintreten zu lassen. Der Befriedigung realer praktischer Bedürfnisse einer Rechtsentwicklung steht das conservative Prinzip nicht entgegen, sondern wird dadurch gefördert, daß diese Entwicklung auf der sicherer Grundlage sich durchaus frei entwickelt. Einer solchen durch das Verlehrleben geforderten Entwicklung darf die Gesetzgebung nicht entgegenstehen; sie muß sie begleiten oder ihr vorausgehen. Die Entwicklung soll eine sehr liberale sein, aber auf festen sicherer Grundlagen beruhen. Der Begriff „liberale Ideen“ ist von dem Begriff „liberale Neigungen“ anherordentlich weit entfernt (Heiterkeit). Der Abg. Bähr hatte gemeint, daß die Praxis die Entwicklung nicht werde vornehmen können; überhaupt nicht in der Lage sei, die großen Prinzipien eines Gesetzes zu erkennen. Da hätten wir denn also die Casuistik der Rechtsprinzipien, eine schlimmere als die

Casus ist des Landrechts, die doch wenigstens greifbare Säze giebt. Die Casuistik der Prinzipien enthält aber den inneren Keim des Todes für die Wissenschaft. Ein Gesetz wie dieses ist ein Stoff, der sowohl fähig als widerig ist einer wissenschaftlichen Behandlung und dieselbe auch erfordert; auf Grund einer solchen wird auch die Praxis vollkommen in der Lage sein, die Rechtsprincipien zu entwickeln. Der Gesetzentwurf soll ferner die Tendenz haben, die Extreme zu beschreiten; es seien aber die Prinzipien des Lebens und das Leben nicht der Prinzipien wegen da; sondern damit gefragt sein, daß in dem Gesetz die Prinzipien zu streng durchgeführt würden, so würde ich dies als Vorwurf zurückweisen müssen. M. H.! Wir stehen vor großen Reformen in der Justiz-Gesetzgebung; zu großen Reformen gehört auch Muth, der entsprechende Muth. Ich habe diesen Muth. Ich bitte, m. H., lassen Sie sich nicht durch bange Sorgen beschleichen. In der Gesetzgebung ist das größte Uebel jedenfalls die Angst. (Bravo.) Abg. v. Rönne spricht seine Verwunderung darüber aus, daß ein hervorragendes Mitglied der Partei, die sonst überall sehr energisch für den Fortschritt eintrete, gerade hier so entschieden gegen den Fortschritt in der Gesetzgebung gesprochen habe. Die Notwendigkeit einer Änderung der Hypothekengesetzgebung sei ja von allen Seiten anerkannt. Der Entwurf sei im Allgemeinen ganz vortrefflich und trage seiner Meinung nach durchaus keine Gefahren in sich. Schluss der Generaldisputation. Der Antrag von Böttcher, das Gesetz an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen, wird angenommen. Derselben Commission werden hierauf auch die Gesetze betreffend die Hypothekenordnung und betreffend die Stempelabgaben für Anträge an die Hypothekenbehörden überwiesen. Nächste Sitzung: Dienstag.

LC. Berlin, 24. Jan. [Die städtische Verwaltung und die Aufsichtsbehörden.] Die Stadt Berlin hat bekanntlich ihr Deficit, wie der Staat, und sein Grund ist derselbe wie beim Staat. Die Einnahmen aus den bestehenden Steuern sind seit der Kriegszeit gesunken, die Ausgaben dagegen haben sich aber sogar vermehrt, so daß das Deficit unausbleiblich war. Im Staat sind es $5\frac{1}{2}$ Millionen, in der Stadt mindestens 700,000 Thlr. Die Größe Berlins hatte schon früh die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihre Finanzverlegenheiten gelenkt und die Offiziösen fanden es für ganz angemessen, ihr Publikum häufig über die schlechte Finanzwirtschaft der Stadt zu unterhalten, welche zu einem Deficit geführt habe. Sie drohten damals mit der Einschaltung der Aufsichtsbehörden, wenn die städtischen nicht schnell durch eine Vermehrung der Einnahmen dasselbe decken würden. Die Stadt hat sich dann nach langem Umhersuchen nach einem Auskunftsmitteil und nach langen Diskussionen in den Stadtverordnetenversammlungen, in dem Magistratscollegium, im Herbst vorigen Jahres dazu entschlossen, eine neue Steuer einzuführen. Die ausführenden Magistratsbeamten haben sich dann mit einer außerordentlichen Energie an die Ausarbeitung der Steuervorlage gemacht, die Stadtverordneten haben dieselbe schnell in außerordentlichen Sitzungen durchberaten, damit schon am 1. Jan. d. J. Alles in Ordnung sein könne. Aber bei den Aufsichtsbehörden ruht diese Angelegenheit nun schon seit mehreren Monaten, obgleich dieselbe wohl darauf vorbereitet sein könnte. Dear alle Vorgänge hatten in vollster Dessenlichkeit stattgefunden und waren von der Presse immer mitgetheilt und commentirt. Von einer Einführung der Steuer auch nur zum 1. März d. J., selbst wenn die Genehmigung der Regierung jetzt erfolgt, kann nun gar keine Rede mehr sein. Da muß man fragen, welche Art Finanzwirtschaft ist es, zu der die Aufsichtsbehörde die Stadt zwingt, indem sie die Deckung des Deficits durch die Vermehrung der regelmäßigen Einnahmen rechtzeitig unmöglich macht und wer erzeugt der Stadt den Schaden, den sie durch diese Verzögerung erleidet? Nimmt man zu alledem noch bei der Berliner städtischen Verwaltung die Polizeiresolute, welche die Stadt plötzlich zu Ausgaben zwingen, an die Niemand vorher gedacht hat und für die deshalb gar keine Vorsorge getroffen werden konnte, so hat man ein Bild von dem Zustand der Verwaltung der größten Stadt des Landes, wie es aus dem Verhältniß der Aufsichtsbehörden zu der städtischen Verwaltung hervorgeht.

Endlich ist, wie offiziös gemeldet wird, die Sache vom Minister entschieden und zwar genehmigt. Die Bestätigung des Regulativs dürfte daher nächstens durch die Regierung von Potsdam dem Berliner Magistrate zugehen.

— Kann ein Abgeordneter ohne vorgängige Genehmigung des Hauses auf Antrag seiner Gläubiger befreis Ablegung eines Manifesteides verhaftet werden? Diese Frage (schreibt man der „B. M. Btg.“) ist vorläufig in der Botenstube des Abgeordnetenhauses verneint und den Exponenten des Stadtgerichts verwehrt, einen in seiner Wohnung bereits ausgespandeten Abgeordneten von der Nachten in dem Geschäft der Geldbewilligung für die Regierung zu tönen. Der Notstand des betr. in der Prov. Preußen gewählten Abgeordneten ist übrigens von älterem Datum und hat durch ein Darlehen von 20,000 Thlrn. aus K. Dispositionsfonds nicht beseitigt werden können. (Buk.)

* [Ein Offiziöser über Dr. Leonhardt.] Der offiziöse Correspondent der „Schles. Btg.“ schreibt: „Der Justizminister Dr. Leonhardt wird sich bei Auffällungen und Beförderungen von Justizbeamten nicht mehr nach ihren politischen Antecedenten, wie es die Conflictszeit mit sich brachte, sondern vorzugsweise nach dem Gutachten der betheiligten Obergerichte leiten lassen.“

— [Beschränkung der Passfreiheit.] Obwohl das Bundesgesetz das passlose Reisen erleichtert, so besteht doch ein Gesetz, daß Personen, welche der Reserve des stehenden Heeres oder der Landwehr angehören, Reisepässe nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Militärbehörde erhalten dürfen. Eben so haben sich die noch in dem militärischen Alter befindenden Personen über ihre erfolgte Stellung vor den Erfassungsbehörden durch den Losungs-, resp. Gestellungschein auszuweisen. Es erstreckt sich diese Einschränkung demnach auf alle Männer von 20 bis 40 Jahren, und es muß also in den hier vorkommenden Fällen entweder einer der Militärscheine, oder ein Invaliden-Attest beigebracht werden.

England. London, 24. Januar. Der „Observer“ schreibt die in Folge von Grenzüberschreitungen zwischen der Türkei und Persien entstandenen Differenzen der Politik zu, welche Russland in der gegenwärtigen Krisis befolge.

— [König Georgs regierungsmäßige] Wenn Privat-Nachrichten, die aus Athen hierher gelangen, auf guten Quellen beruhen, so wird die Verwirrung in Griechenland sowohl nach innen als nach außen nur zunehmen. König Georg — heißt es — beabsichtige in allem Ernst, den Throne zu entfagen, wenn die gegenwärtigen Unruhen nicht bald begegnet werden, und sein Plan, sich nach Nauplia zurückzuziehen, würde nur der erste Schritt zu

einer viel weiteren Reise sein. Er habe gegen republikanische Bestrebungen anzu kämpfen und um seine Gesundheit stehe es sehr schlecht.

Frankreich. Paris, 23. Jan. [Das Gelbbuch] ist hente vertheilt. Über die Deutschen Angelegenheiten enthält es nichts; die Schriftstücke über den türkisch-griechischen Streit werden Gegenstand einer späteren Veröffentlichung sein. Über Italien enthält das Gelbbuch die Depeschen, welche sich auf die Reparation der päpstlichen Schuld und den modus vivendi zwischen Italien und Rom beziehen. Es äußert sich ferner über die italienischen Angelegenheiten folgendermaßen: Was die französische Besetzung in Rom betrifft, so beabsichtige man nicht dieselbe noch lange Zeit dort zu lassen, doch sei der Zeitpunkt, sie abzuberufen, noch nicht gekommen; denn die Freunde des Umsturzes würden darin sogleich eine Gelegenheit erblicken, ihre Angriffspläne wieder aufzunehmen. (N. T.)

Rußland. [Die confiszierten Güter in Littauen.] Die Zeitungen bringen jetzt ein Verzeichniß der in Littauen confiszierten Landgüter, deren Zahl sich auf 259 beläuft. 243 davon sind an 220 verdiente russische Beamte als Belohnung vergeben worden, und 16 Güter sind in den Besitz russischer Ansiedler übergegangen. Die Zeitungen taxieren den wirklichen Werth dieser Güter auf etwa 7 Mill. Silbergroschen.

Italien. Florenz, 23. Jan. [In der Deputirtenkammer] fand die Debatte über die Wahlregeln und die Seitens der Regierung angeordneten Wahlregeln statt. Ferrari und 80 Genossen haben eine Missbilligungserklärung gegen die Regierung beantragt. Sella billigte die Unterdrückung der Aufrührer, doch tadelte er streng die Art der Steuererhebung. Der Finanzminister erwähnte, die Regierung könne sich keinen Tadel gefallen lassen; sie fordere von der Kammer ein ausdrückliches Yotum, wodurch rückhaltlos das ganze Verfahren gebilligt werde; sonst würde es unmöglich sein, die Steuer einzutreiben. — Im Laufe der Debatte erklärt der Justizminister, die Regierung werde, sobald sie den Zeitpunkt geeignet erachtet, einen Gesetzentwurf vorlegen, dahin ziellend, den Ausschreitungen der Presse entgegentreten zu können, ohne die Freiheit derselben zu beschränken.

Spanien Madrid, 23. Januar. [Tagesbericht.] Die Regierung erklärt im Namen der spanischen Nation, daß sie niemals auf einen Vorschlag, die Insel Cuba zu verkaufen, eingehen werde. — Rivero wird wahrscheinlich zum Präsidenten der konstituierenden Cortes gewählt werden. — Man erwartet demnächst wichtige Verpflichtungen des Finanzministers in Betreff der Bankfreiheit. — Der „Imperial“ erklärt die Gerichte, wonach die Regierung einen Staatsstreit beabsichtigen soll, für unbegründet. (Diese Entschuldigung vor der Anklage scheint verdächtig.) — Demselben Blatte zufolge beabsichtigt die Regierung eine Erklärung abzugeben, wonach sie den Slavenhandel dem Seeraube gleichsetzt. Der Generalcapitán von Cuba ist telegraphisch aufgefordert, sich gutachtlich über die Opportunität dieser Maßregel zu äußern. (N. T.)

Türkei. Constantinopel, 23. Jan. „Levant Herald“ sagt, daß Privatdepeschen aus Athen melden, Griechenland sei anfänglich entschlossen gewesen, die Gesamterklärung der Konferenzmächte nicht zu acceptiren. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, ein freundschaftlicher Druck Seitens der Mächte werde die griechische Regierung noch veranlassen, ihren Entschluß abzuändern.

Danzig, den 25. Januar.

* Hente ist der Hr. Bürgermeister Frhr. v. Reichenstein und die Hh. Stadtv. Böh. und Schnabel aus Königsberg hier eingetroffen, um mit den Mitgliedern der hiesigen städt. Armenverwaltung über die Organisation der kommunalen Armenpflege und eine etwaige Reform derselben Besprechungen anzuknüpfen.

* [Die Betriebs-Einnahmen] im Monat December 1868 betrugen auf der K. Ostbahn 600,698 Thlr. (2839 Thlr. weniger als im Jahre 1867), auf der Bahn Danzig-Neufahrwasser 2965 Thlr. (1101 Thlr. mehr als im December 1867). Die Gesamteinnahme auf der K. Ostbahn betrug pro 1868 6,459,082 Thlr. (230,687 Thlr. mehr als 1867), auf der Bahn Danzig Neufahrwasser 22,765 Thlr.

* [Das Stiftungsfest des Gewerbevereins], welches am Sonnabend im Gewerbehause stattfand, wurde von Herrn Director Kirchner mit einer Ansprache an die Mitglieder eröffnet, worin er unter lebhafter Zustimmung die Gesichtspunkte bezeichnete, welche bei der zukünftigen Arbeit des Vereins maßgebend sein müssen. Der darauf von Hrn. Comm. und Adm. Secr. Sielaff erstattete Bericht über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre legte Zeugnis davon ab, daß insbesondere die mit dem Verein verbündeten Institute, u. A. die Mädchenfortbildungsschule, erfreuliche Fortschritte gemacht haben. An dem darauf folgenden Abendessen nahmen auch die anwesenden Gäste die Hh. Oberbürgermstr. v. Winter, Stadtverordnetenvorsteher Bischoff, Bürgermstr. Dr. Linz, Postdirector Johannesson, Theil Nachdem von den Hh. Director Kirchner, Dr. Möller, Sielaff, Kutschbach, Schäpe und Ad. Gerlach Toaste auf den König, das Vaterland, die Stadt, den Gewerbeverein und die Frauen ausgebracht waren, brachte Hr. Dr. Korn dem Hrn. Oberbürgermstr. v. Winter ein Hoch aus und hob die großen Verdienste hervor, welche derselbe sich um den Gesundheitszustand der Stadt erworben habe und noch erwerben werde. Er fügte den Wunsch hinzu, daß das begonnene Werk gelingen möge. Hr. Oberbürgermeister v. Winter sprach in seiner Antwort seine Freude darüber aus, daß die Verwaltung der Stadt in ihrem Bestreben in der Bürgerschaft eine so erfreuliche Unterstützung finde. Die Verwaltung wolle die Stadt nicht mit Gewalt zu den nothwendigen Reformen zwingen; sie habe aber die Pflicht, immer wieder und wieder den Weg zu zeigen, der zum Wohle der Commune führe. Sie wünsche nichts sehnlicher, als daß die Bürger mit ihr nach reiflicher Erwägung diesen Weg betreten. Hr. v. W. schloß mit der Hoffnung, daß der Gewerbeverein auch in Zukunft sich mit communalen Fragen beschäftigen werde. Andere Toaste auf die Gäste, auf Hrn. Bischoff und Hrn. Dr. Linz, auf den Vorstand, folgten.

* [Bahnhof in Boppot.] In der in dieser Zeitung mehrfach besprochenen Angelegenheit, betreffend die Anlage des Boppoter Bahnhofes, welche morgen in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht werden wird, hat der Magistrat heute beschlossen, sich dafür zu verwenden, daß der Bahnhof der Seestraße möglichst nahe gelegt werde.

* [Schwurgerichts-Verhandlung am 22./23. Januar.] Es sind angeklagt: 1) die verehrliche Barbara Biastki, geb. Lubuda aus Schoppa, Kreis Karthaus, des verlungenen Gattenmoders, 2) der Tischlergeselle Joseph Nielelewski aus Abb. Vorzelowko der Theilnahme an diesem Verbrechen. Der Bauer Simon Biastki aus Schoppa heirathete nach dem Tode seiner Chefrau um Martini 1863 die 17jährige Schwester der Leitern, Barbara Lubuda. Die Ehe war eine friedliche bis zum Sommer 1866. Zu dieser Zeit hielt sich der Tischler Joseph Nielelewski in dem Biastkischen Hause auf und versorgte dort für Biastki und auch für andere Tischlerarbeiten. Zwischen der B. und dem N. bildete sich ein Liebesverhältnis, und als Biastki anfangs von fremden Leuten und später

von seinem Knecht, welcher den ehebrecherischen Umgang der B. selbst wahrgenommen, davon Kenntnis erhalten, seine Chefrau ihm auch in dieser Beziehung ein Geständniß abgelegt hatte, verwarf er dem N. das Haus. N. zog demnächst fort, beide scheinen aber das Liebesverhältnis fortgezogen zu haben, da die B. den N. noch öfters in seiner neuen Wohnung bei dem Bauer Kopolla besucht hat. Ja es ging sogar das Gerücht im Dorfe, daß N. und die Frau B. mit dem Plane umgingen, den Chemann der Letzteren aus der Welt zu schaffen. B. hatte ebenfalls von diesem Gerücht gehört, er bekümmerte sich darum indeß nicht. Ungefähr 3 Wochen nach Neujahr v. J. trat Biastki eine Reise nach Lauenburg an, um dort Schweine zu kaufen. Seine Chefrau hatte ihm einen Bierkasten, bestehend in einem mit Schweineschmalz gestrichenen Kuchen und einem Stück Fleisch, sorgfältig in ein Tuch eingewickelt, mitgegeben. B. war ca. 1 Meile von Schoppa entfernt, als er Hunger verspürte, er setzte sich an einem Strauch beim ersten Bissen nahm er einen widerlichen Geschmack wahr, er überwand dieselben und aß noch einen Bissen. Jetzt nahm er wahr, daß der Kuchen einen abcheulichen Gestank verbreite und daß beim Essen sich aus seiner Nase und seinem Mund Dämpfe entwickelten; es kam ihm der Gedanke, daß seine Chefrau mit dem auf den Kuchen Gestrichenen ihn wohl vergiftet wolle, indes er hatte Hunger und deshalb schnitt er die bestrichenen Theile ab und aß den Rest des Kuchens auf, wogegen er die bestrichenen Theile sorgfältig an dem Strauche, wo er saß, verwarf. Biastki setzte seinen Weg nicht fort, er kehrte nach Hause zurück, sagte nichts zu seiner Chefrau über die schlechten Rückkehr, er hing seinen Mantel an die Wand und verließ das Zimmer. Diese Abwesenheit benützte die Frau Biastki, um die Manteltaube ihres Mannes zu revidieren und als sie dieselbe leer fand, sagte sie in Gegenwart des Knechtes: „Er hat den Teufel getroffen und kehrt doch wieder.“ Biastki hat in Folge des Genußes der Brodbissen 36 Stunden Kopfschmerzen und Nebelattacken gehabt, sonst aber nachtheilige Folgen dadurch nicht erlitten. Von dem Getrehehen setzte Biastki den Lehrer des Ortes und den Pfarrer Knab in Kenntnis. Dieselben veranlaßten den B., die verwahrten Kundentheile herbeizuholen und ihre chemische Untersuchung. Von den Chemikern ist nun festgestellt worden, daß dem Schmalz auf dem Kuchen ursprünglich Phosphor in Substanz beigemischt gewesen, der sich jedoch in Folge der Aufbewahrung des Brodes durch Oxidation in Phosphorsäure verwandelt hatte. Sie haben angenommen, daß 5–6 Gran reine Phosphormasse sich auf dem Kuchen befunden habe, eine Menge, welche vollkommen hingereicht hätte, einen Menschen zu töten. Nach der Erklärung der verehrten Biastki und in Übereinstimmung mit den sonstigen stattgehabten Ermittlungen ist festgestellt worden: daß die verehrte Biastki die Phosphorsubstanz von dem N. erhalten hat, um sie ihrem Chefranne beizubringen. Die Biastki räumt selbst ein, daß sie das, was sie ihrem Chemanen auf den roggigen Kuchen gestrichen, von N. erhalten habe. N. habe es ihr aber als Heilmittel für ihren Mann, der stets an Magenschmerzen litt, mit der Anweisung gegeben, ihrem Manne davon nichts zu sagen, weil sonst das Heilmittel seine Wirkung verlieren möchte. Daß N. und die B. im Einverständniß gehandelt und daß N. die Phosphorsubstanz verschafft hat, ist ebenfalls festgestellt worden. Die Geschworenen sprachen das Schuldig aus. Der Gerichtshof verurteilte Jeden zu 12 Jahren Buchthaus.

* [Zum Besten der Victoria-Stiftung] findet am nächsten Mittwoch im Selonkischen Lokal eine Extravestellung mit Concert und unter Mitwirkung sämtlicher Künstler des Etablissements statt. Auch die „Wunderfontaine“ kommt zur Darstellung.

* [Der Mimiker Hr. Ernst Schulze] der sich vor einigen Jahren durch seine außerordentlichen physiognomischen Leistungen hier lebhaften Beifall erwarb, wird demnächst wieder hier eintreffen. Hr. S. hat sein Programm in letzter Zeit noch bedeutend erweitert und zeigt namentlich noch eine bedeutende Anzahl Characterköpfe und historischer Porträts.

* [Traject über die Weichsel.] Terespol-Gulm über die Eisbede mit leichtem Fuhrwerk, Warlubin-Graudenz per Kahn bei Tag und Nacht, Czerwinst-Marienwerder zu Fuß über die Eisbede bei Tag und Nacht.

+ [Bukin, 24. Jan. [Ortsnamenveränderung]] Die im Neustädter Kreis gelegene Ortschaft „Dembogorsk“ ist durch Königl. Cabinettsordre auf den Antrag des Herrn Gutsbesitzers Husen in den Namen „Eichenberg“, d. i. die deutsche Ueberleitung, umgewandelt worden.

Königsberg, 24. Jan. [Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft] hatte ein Gesuch an den Handelsminister gerichtet um Bewilligung billiger Tour- und Retou-Billets mit längerer Gültigkeit während der Sommermonate zur ermöglichen von Gebirgs- und anderen Erholungsreisen auch für die weniger bemittelten Bewohner unserer entlegenen Provinz; dieses Gesuch ist durch ein Rescript vom 8. v. M. zurückgewiesen worden, weil zur Zeit noch ein Auffall in den Eisenbahn-Einnahmen davon befürchtet wird. Das Vorsteheramt beschloß, für jetzt die Sache auf sich beruhen zu lassen, in der Hoffnung, daß allmäßig günstige Erfahrungen mit ähnlichen Erleichterungen in andern Gegenden Veranlassung zu einer motivirten Wiederaufnahme dieses Wunsches geben würden. — Unter den Stationen der Königl. Ostbahn nimmt nach der Ansicht des Vorsteheramts Königsberg seit lange sowohl am Betrage der Geld-Einnahme als an Massenfähigkeit des Güterverkehrs den ersten Platz ein. So lange der Bau der Bahn die Hauptfache war, mochte die Mitte der gesammten Bahnstrecke der geeignete Sitz für die K. Direction, Bromberg also in dieser Beziehung zweckmäßig gewählt sein. Jetzt, nachdem der Bau im Wesentlichen vollendet ist, ist die Betriebs-Berwaltung ungleich wichtiger. Der Hauptverkehrspunkt sei jetzt also auch der naturnähesten Sitz für die leitende Behörde. Das Vorsteheramt bat daher den Handelsminister, den Sitz der K. Direction der Ostbahn von Bromberg nach Königsberg zu verlegen.

— [Die Trichinenkrankheit] greift in jüngster Zeit, namentlich in hiesiger Umgegend gar sehr um sich; die „A. S.“ hat mehrere Gutsbesitzer nennen gehört, die von der Krankheit befallen worden sind und hört jetzt, daß der Kreis-Physikus Hr. Dr. Auermann in Bobethen an derselben hoffnungslos darrider liegen soll.

— [Ernenning.] Der Privat-Docent Dr. Salomon in Königsberg ist zum außerordentlichen Professor in der juristischen Facultät der dortigen Universität ernannt worden.

Zur Canalisationsfrage.

In der Abendausgabe der „Danz. Btg.“ vom 21. Januar c., No. 5265, ist der Inhalt eines Schreibens des Stadtbau-Directors Hr. Krieg in Lübeck über die außerordentlich günstigen Erfolge der Canalisation Lübecks in Bezug auf Trockenlegung des Bodens mitgetheilt.

Es wird namentlich in diesem Schreiben hervorgehoben, daß in der Königsstadt daselbst, welche in einem tiefe gelegenen Stadttheile Lübecks liegt, vor der Canalisation das Grundwasser bis auf 1½ Fuß unter dem Straßenniveau stand, so daß Kelleranlagen in den dort stehenden Gebäuden nicht ausgeführt werden konnten. Nachdem Lübeck und auch diese Straße noch nicht ein Jahr lang canalisiert war, zeigte sich in Folge einer Untersuchung, daß trotz des vorhergegangenen nassen Winters der Erdbooden in dieser Straße so vollständig frei von Grundwasser war, daß das Siel, dessen Oberkante 10 Fuß 3 Zoll unter dem Straßenniveau liegt, in ganz trockenem Boden sich befand; von dem sumpfigen Morast, wie im vorangegangenen Jahre, war keine Spur mehr zu finden.

Die Abzapfung des Grundwassers war also vollständig ge-

Gestern 6 Uhr wurden wir durch die Geburt eines Söhnen erfreut.
(6743) Edward Sterufeld u. Frau.
Gestern 5 Uhr Morgens wurde meine liebe Frau Elisabeth geb. Steffens von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden. (6749).
Danzig, 24. Januar 1869.

Otto Steffens.

Ber spätet.
Heute, den 21. Morgens 12½ Uhr, wurde meine liebe Frau Amalie geb. Sebald von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden. Verwandten und Freunden diese Anzeige statt besonderer Melbung. (6703)
Gr. Sünder, 23. Januar 1869.

Krüger.

Meine Verlobung mit Fräulein Marie Pfeil in Berlin, Tochter des verstorbenen Herrn Oberförster Pfeil, beehe ich mich hierdurch ergeben zu mitzuteilen. (6708)

Slogau, 17. Jan. 1869.

Edward Schlether,
Buchhändler.

Nach schwerem Leiden entriss mir der unerbittliche Tod Vormittags 10½ Uhr meinen vielgeliebten Mann, den Buchhändler und Photographen F. Schubert.

Diese Anzeige allen Freunden und Bekannten. (6709)

Berent, 21. Januar 1869.

A. Schubert.

Gestern Abend 8½ Uhr endete ein Herzschlag das thätige Leben meines innigst geliebten Gatten, unseres heuren Bruders, Vaters, Schwieger- und Großvaters. (6742)

Carl Eduard Grimm

im 67. Lebensjahr. Freunden und Bekannten zeigen dies in tiefster Beitrübnis an die Hinterbliebenen.
Danzig, den 25. Januar 1869.

Am 23. d. Ms., Abends 10 Uhr, starb nach 12-wöchentlichem schweren Leid, unsere innigst geliebte einzige Tochter und Schwester Selma im Alter von 15 Jahren 3 Monaten 21 Tagen.

Dieses zeigen tief betrübt, um stille Teilnahme bitten, an. (631)

A. B. Schulz nebst Frau und Söhnen.

Weichselmünde, 24. Jan. 1869.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht zu Danzig,

den 12. November 1868.

Das zum Nachlass der Papiermachersgesell Johann Gottfried und Charlotte Jacobine geb. Wittich-Pfeischen Eheleuten gehörige Grundstück Neugarten 2 B. des Hypothekenbuches, abgeschäfft auf 2619 Thlr., zufolge der nebst hypothekarisch im Bureau V. eingehenden Taxe, soll am

19. März 1869,

Vormittags 11½ Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle, Zimmer No. 14, theilshalber subhastirt werden.

Alle unbekannten Realpräfidenten werden aufgebotet, sich bei Vermeidung der Prädiktion spätestens in diesem Termine zu melden. (4154)

Auction

Freitag, den 29. Januar 1869,

Mittags 12½ Uhr, werden die Unterzeichneten in dieser Börse öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung verkaufen:

2½-Anteile im hiesigen Barkenschiff „Verein“.

Alle näheren Bedingungen werden vor der Auction bekannt gemacht.

Der Schluss-Termin findet sofort statt. Der Buschlag erfolgt bei annehmbarem Gebote innerhalb 24 Stunden nach Schluss der Auction und bleibt Meistbietender bis dahin an sein Gebot gebunden. (6728)

F. Domke, A. Wagner,
verciedete Schiffsmälter.

Die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse 139. Lotterie, welche bei Verlust des Antrechts spätestens am 5 Februar c. erfolgen muß, bringe ich in Erinnerung.

H. Nokoll.

Das Bureau des Justiz-Math Liebert, Hunde-gasse No. 95, ist vom 1. April c. anderweitig vermietet und ersuchen wir daher die Mandanten des Justiz-Math Liebert, die ihre Angelegenheiten betreffenden Manual-Akten in Empfang zu nehmen, da eine weitere Aufbewahrung derselben nicht angänglich ist. (6491)

Danzig, den 19. Januar 1869.

Die Justizrath Liebert'schen Erben.

Keine Hämorrhoiden, keine Verstopfung (1435)
mehr. Unter Garantie gegen Nachnahme durch
J. H. Boes in U. Wärmen (Rheinprovinz).

Lungen-schwinducht
heilt durch eine bewährte Kurmethode Dr. Rosenfeld, Berlin, Leipzigerstr. 111. Auch brieflich. (5153)

Stearinerzen (6er und 8er) à 6 Sgr. per
Pckg. bei Abnahme von 10 Pckg. à 5½ Sgr.
offenbart. (6726)

J. M. Kownatzky,
Fleischergasse 29.

Vorläufiger russischer Thee. mehrere Pknd.
zu verkaufen bei C. Rabinowitz, Höpfer-
gasse No. 23, 1. Treppe.

Geräucherete Maränen,
heute Abend frisch aus dem Rauch, empfiehlt
Alexander Heilmann, Scheibenritterg. 9.

Die Herberge zur Heimath,
Danzig, große Mühlengasse No. 7,
bietet allen Wanderern ein reinliches Lager, gute
Kost, sowie den Arbeitsuchenden nach Kräften
Rath und Hilfe. (5557)

Lungenschwinducht
heilt durch eine bewährte Kurmethode Dr.
Rosenfeld, Berlin, Leipzigerstr. 111. Auch
brieflich. (5153)

Stearinerzen (6er und 8er) à 6 Sgr. per
Pckg. bei Abnahme von 10 Pckg. à 5½ Sgr.
offenbart. (6726)

J. M. Kownatzky,
Fleischergasse 29.

Vorläufiger russischer Thee. mehrere Pknd.
zu verkaufen bei C. Rabinowitz, Höpfer-
gasse No. 23, 1. Treppe.

Geräucherete Maränen,
heute Abend frisch aus dem Rauch, empfiehlt
Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.

Frische Rüb- u. Leinfischen
offenbart. (1485)

Alexander Makowski & Co.,
Boggensehfuß No. 77.